

mp entschieden hat, bis 2020 dem Pariser Abkommen ausweichen. Aber trotz des wachsenden Widerstands im Land gegen die Maßnahmen zum Klimaschutz zählen die USA in Bezug auf Emissionsminderung zu den besten Ländern der Welt.

## Dämpftes Wachstum

Klima ist bei Weitem nicht die einzige Sorge, die die Trump-Regierung umtreibt. Bei den letzten Wahlen hat seine Republikanische Partei die Kontrolle über das US-Repräsentantenhaus verloren. Die makroökonomischen Faktoren sind zwar weiterhin stabil, aber viele fürchten höhere Zinsen, nachlassendes Wachstum im Ausland und die Wirtschaftstendenzen eines abnehmenden Wirtschaftszyklus. Verstärkt werden diese Sorgen durch Trumps Zölle, insbesondere gegen China. Diese könnten die bereits bestehenden Probleme noch verstärken, indem sie wachstumsfördernde Effekte durch Steuer- und Regulierungsreformen dämpfen.

China spürt das bereits. Das Wachstum sinkt, und der Handelskrieg mit den USA eskaliert. Weltweite Beschwerden über Cyberspionage, erzwungene Technologietransfers und die „Made in China 2025“-Industriepolitik führten zu Restriktionen gegen die Projekte einiger chinesischer Tech-Giganten. Allerdings bleibt die chinesische Präsident Xi Jinping im Sattel der Macht.

Politische Turbulenzen in den Schwellenländern und Volkswirtschaften verhindern auch, dass das Ausmaß der globalen Erwärmung das Tempo der Einwanderung, die eine Gesellschaft ohne massive Störungen absorbieren kann, begrenzt ist. Auch die Wirtschaft der Bürger, sich einer globalisierten oder gar übernationalen Regierung zu beugen und wirtschaftliche Einbußen in Kauf zu nehmen, stößt an Grenzen.

## Flexible Lösungsmodelle

Am Beginn des Jahres 2019 müssen Politiker auf innenpolitische Lösungsthemen konzentrieren und gleichzeitig flexible und dezentrale politische Modelle entwickeln, die einer vielgestaltigen Bevölkerung angemessen sind. Diese Modelle nicht nur die Stabilität der einzelnen Länder verbessern, sondern auch eine stärkere Grundlage für die Zusammenarbeit bei wichtigen internationalen Fragen schaffen – vom Handel bis hin zum Klimawandel.

Übersetzt vom Englischen von Harald Eckhoff  
Copyright: Project Syndicate, 2018.

an: [debatte@diepresse.com](mailto:debatte@diepresse.com)

# QUERGESCHRIEBEN

VON GUDULA WALTERSKIRCHEN



## Wie die Politik Umweltprobleme mitverursacht, statt sie zu lösen

Statt bei Billigflügen und dem Zubetonieren der Landschaft gegenzusteuern, forciert die Politik diese Umweltsünden. Umweltschutz delegiert man an die Bürger.

**B**raun gebrannt und gut erholt sind viele eben aus dem Weihnachtsurlaub im sonnigen Süden zurückgekehrt, von den Kanaren oder gar aus Australien oder Ozeanien. Man steigt ins Flugzeug und ist wenige Stunden später dem Winter entflohen. Vielleicht hat mancher sogar eine Kreuzfahrt unternommen. Ob sich jene Gedanken darüber gemacht haben, wie viel Dreck deswegen (unnötig) in die Atmosphäre geblasen wurde? Es ist heutzutage einfach zu verlockend, ins Flugzeug zu steigen: schnell, sicher und vor allem billig.

Auch zum Klimagipfel in Katowice sind fast alle Politiker mit dem Flugzeug angereist – in eine Stadt, in der im Winter die Menschen mit Atemmasken unterwegs sind, wegen der Heizungen mit Holz und Kohle. (Dorthin sollten all jene eine Exkursion unternehmen, die in Österreich Heizungen mit Gas und Öl verteufeln und feste Brennstoffe propagieren.) Die Freude der Politik über das Ergebnis der Konferenz war groß, dabei sparte man den größten Luftverschmutzer einfach aus: den Luftverkehr. Die eklatante Zunahme der Flugreisen weltweit ist einer der Hauptverursacher für den CO<sub>2</sub>-Ausstoß.

Die Ausrede dabei lautet stets, dass diese Frage nicht national gelöst werden könne. Ja, aber eine internationale Konferenz wäre doch genau der richtige Platz dafür gewesen, oder? Stattdessen überlegt man ausschließlich Maßnahmen, die in die Verantwortung des einzelnen Bürgers fallen. Man delegiert ein Problem, das in vielerlei Hinsicht in die Verantwortung der Politik fällt, einfach an den Einzelnen. So förderte man den Flugverkehr jahrzehntelang, indem man die vielfach staatlichen Fluglinien auf staatseigenen Flughäfen begünstigte. Kerosin und Flugtickets sind von der Steuer befreit, während weitere Steuererhöhungen auf den Individualverkehr ins Haus stehen. Das ist einfach nur zynisch.

Die Grünen in der Wiener Stadtregierung malen zwar innerstädtisch Straßen grün an, stemmen sich aber nicht gegen den Ausbau des Flughafens in Schwechat, der jahrzehntelang zur Hälfte der

Gemeinde Wien gehörte und auf den man immer noch Einfluss hat. Auch zur Besteuerung der Flugreisen hört man nichts von den Grünen. Stattdessen faselt man von E-Autos und Fahrrädern.

Fehlentwicklungen im Verkehr und in der Umwelt wurden nicht nur nicht verhindert, sondern von der Politik mitverursacht: Jahrzehnte einer verfehlten Raumplanung führten zur Explosion des Verkehrs im ländlichen Raum. Gemeinden können nur durch Betriebsansiedlungen Geld für die Gemeindekasse erwirtschaften, als Baubehörde erster Instanz ist man gleichzeitig zuständig für Umwidmungen. Da war die Versuchung groß, die Gegend zuzubetonieren. Das ist

“

Nötig wären ein radikaler Stopp des Wildwuchses an Einkaufszentren, Änderungen bei der Flächenwidmung und europaweite Maßnahmen gegen den Flugverkehr.

nicht nur hässlich, sondern auch ein Umweltproblem, denn es gibt immer weniger Ackerflächen und fördert das Hochwasser.

Eine neuere Studie kommt zum Schluss, dass der Verkehr in Städten ab-, auf dem Land jedoch stark zunimmt. Durch Zersiedelung sind Wege des täglichen Bedarfs ohne Auto nicht mehr möglich; Fuß- und Radwege gibt es kaum, eine Mitbenützung der Landstraßen aber ist lebensgefährlich.

**A**uch der Schadstoffausstoß des Lkw-Verkehrs wurde bisher negiert, grün-regierte Bundesländer aber wollen am liebsten auf Autobahnen Tempo 80 oder gar 60 für Pkw. Da fährt man dann auf Bundesstraßen schneller. Wer hat sich dabei Gedanken über Sinnhaftigkeit, Sicherheit und Lärm gemacht?

Statt mit dem Finger auf den einzelnen Bürger zu zeigen, sollte sich die Politik selbst an der Nase nehmen: Es bräuchte einen radikalen Stopp des Wildwuchses an Einkaufszentren, Änderungen bei Flächenwidmung und Kommunalsteuer, Besteuerung von Kerosin und europaweite Maßnahmen gegen die Steigerung des Flugverkehrs. Solange Fliegen billiger ist als Bahnfahren, sind alles nur Lippenbekenntnisse. Bekommt man die Luftfahrt nicht in den Griff, sind Luftsprünge nicht angebracht.

**Zur Autorin:**  
Dr. Gudula Walterskirchen ist Historikerin und Publizistin. Autorin zahlreicher Bücher mit historischem Schwerpunkt. Seit 2017 Herausgeberin der „Niederösterreichischen Nachrichten“ und der „Burgenländischen Volkszeitung“.

**Morgen in „Quergeschrieben“:**  
Andrea Schurian

E-Mails an: [debatte@diepresse.com](mailto:debatte@diepresse.com)